

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**ES SOLLTE EIN GESETZLICH VERANKERTES RECHT AUF FLEXIBLE ARBEITSZEITREGLUNGEN GEBEN.**

## STATUS QUO

In Deutschland gibt es kein allgemeines, umfassend gesetzlich verankertes Recht auf flexible Arbeitszeiten.

## WAHLPROGRAMME



Planen, das Arbeitszeitgesetz zu reformieren. Im Sinne der europäischen Arbeitszeitrichtlinie soll für alle Unternehmen anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit festgelegt werden.\*



Planen, dass durch einen gesetzlichen Rahmen flexible Lösungen ermöglicht werden. Gleichzeitig sollen den Betrieben passgenaue Regelungen geboten werden.\*



Befürwortet flexible Arbeitszeitmodelle.



Befürwortet das Angebot von flexiblen Arbeitszeiten.



Wollen die Attraktivität von Verwaltungen durch u.a. flexible Arbeitszeitmodelle erhöhen.



Befürwortet die Flexibilisierung von Arbeitzeit und fordert mehr Zeitautonomie für Beschäftigte.



Wollen das veraltete Arbeitszeitgesetz abschaffen, um flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen.

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**SO FERN DIE TÄTIGKEIT ES ERLAUBT, SOLLTE DAS RECHT AUF HOME OFFICE GESETZLICH VERANKERT SEIN.**

## STATUS QUO

Es gibt kein allgemeines Recht auf Homeoffice, aber es gibt Regelungen, die flexible Arbeitsmodelle fördern. Die EU-Richtlinie über transparente Arbeitsbedingungen unterstützt Homeoffice, aber Deutschland hat kein allgemeines Recht darauf eingeführt, sondern lässt die Entscheidung den Betrieben.

## WAHLPROGRAMME



Wollen eine Rechtssicherheit für Homeoffice geschaffen.\*



keine Aussage



Wollen, dass der Staat im öffentlichen Dienst u.a. Homeoffice anbietet.



Keine Aussage

Bündnis Sahra Wagenknecht keine Aussage

**DIE LINKE.**

Keine Aussage



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**DAS EHEGATTENSPLITTING SOLLTE DURCH EIN MODELL, DAS FAMILIEN (INKLUSIVE ALLEINERZIEHENDE) ENTLASTET, ABGELÖST WERDEN.**

## STATUS QUO

Bei verheirateten Paaren oder eingetragenen Lebensgemeinschaften mit Steuerklasse 3 und 5 wird das gemeinsame Einkommen halbiert und die Steuer auf dieses halbe Einkommen berechnet, bevor sie verdoppelt wird. Dadurch profitieren Paare mit ungleichen Einkommen von einer geringeren Steuerlast, da das höhere Einkommen in eine niedrigere Steuerprogression fällt. Bei gleichen Einkommen ist der Vorteil geringer.

## WAHLPROGRAMME



Das Ehegattensplitting soll bleiben, aber Kinder sollen stärker berücksichtigt werden.\*



Wollen das Ehegattensplitting reformieren, indem eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag für Neuehen eingeführt wird. Bestehende Ehen sollen einen Bestandsschutz erhalten.\*



Wollen eine gerechtere Steuerlastverteilung für Paarfamilien und Partnerschaftlichkeit durch ein schnelles Umstellen auf das Faktorverfahren (Klasse IV) fördern. Wollen den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende direkt von der Steuerschuld abziehen.



Wollen die Einkünfte auf alle Familienmitglieder verteilen, um Familien steuerlich zu entlasten und Anreize für mehr Kinder zu schaffen.



keine Aussage



Wollen das Ehegattensplitting durch die Einführung der Individualbesteuerung mit Übertragbarkeit des steuerlichen Existenzminimums zwischen Ehe- und Lebenspartnern ersetzen.



Wollen die Steuerklassen 3 und 5 abschaffen.

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**UNTERNEHMEN SOLLTEN FÜR INVESTITIONEN IN EINE FAMILIENBEWUSSTE UNTERNEHMENSKULTUR STEUERLICH ENTLASTET WERDEN.**

## STATUS QUO

Arbeitgeber können ihre Mitarbeitenden steuerfrei (bis zu 600 EUR jährlich) bei der Kinderbetreuung unterstützen. Während Unternehmen durch solche Investitionen ihre Steuerlast senken können, gibt es derzeit keine speziellen steuerlichen Entlastungen für Investitionen in eine familienbewusste Unternehmenskultur.

## WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Vertreten die Ansicht, Unternehmen sollen steuerlich entlastet werden, wenn sie Kitaplätze bereitstellen.\*



keine Aussage



Meinen, Betriebskindergärten sollen stärker gefördert werden.



Fordern, dass Unternehmen steuerlich entlastet werden, wenn sie Kitaplätze bereitstellen.



keine Aussage



Unterstützt den Ausbau von Betriebskindergärten und den Abbau bürokratischer Hürden in diesem Zusammenhang.

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**DIE NUTZUNG VON KINDERKRANKENTAGEN SOLLTE FLEXIBLER GESTALTET WERDEN KÖNNEN. (HALBE TAGE ODER VEREINFACHTE DIGITALE VERFAHREN FÜR BEANTRAGUNG UND NACHWEIS)**

## STATUS QUO

Eltern können pro Kind 15 "Kind krank Tage" nutzen, wobei eine unbezahlte Freistellung auf Basis einer AU vom Kinderarzt erfolgt. Die GKV kompensiert 90% des durchschnittlichen Nettos für diese Tage. Aktuell ist dies nur für ganze Tage möglich, und im Falle von "Kind krank" muss eine AU in Papierform ausgestellt werden, während bei einer eigenen Krankschreibung die eAU gilt.

## WAHLPROGRAMME

	Keine Aussage*
	keine Aussage*
	keine Aussage
	Keine Aussage
	Keine Aussage
	keine Aussage
	Keine A

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**DER ELTERNGELDBEZUG SOLLTE PARITÄTISCH AUFGETEILT WERDEN.**

## STATUS QUO

Eltern können bis zu 12 Monate Elterngeld beziehen, das sich auf 14 Monate verlängert, wenn beide Elternteile mindestens 2 Monate nehmen. Mit ElterngeldPlus kann der Bezugszeitraum verlängert werden, wobei der Anspruch bei Teilzeitberufstätigkeit reduziert wird. Die 14 Monate können flexibel aufgeteilt werden, jedoch führt der Anreiz meist zu einer klassischen 12-zu-2-Aufteilung.

## WAHLPROGRAMME



Elterngeld und Partnerschaftsmonate sollen verbessert werden.\*



Planen, Anreize für eine partnerschaftlichere Aufteilung des Elterngelds/der Elternzeit zu setzen.\*



Fordern für insgesamt 18 Monate Elterngeld – davon je 6 nicht übertragbare Monate pro Elternteil und 6 flexibel aufteilbar.



Keine Aussage



Keine Aussage



keine Aussage



Planen, dass das volle Elterngeld (14 Monate) ausgezahlt wird, wenn beide Partner mindestens vier Monate Elterngeld nehmen. Die übrigen Monate können frei aufgeteilt werden.

\*vorläufiges Wahlprogramm



# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**BEIM ELTERNGELD SOLLTE SOWOHL DER MINDESTSATZ ALS AUCH DIE HÖCHSTGRENZE ANGEHOHEN WERDEN.**

## STATUS QUO

Je nach Einkommen beträgt das Basiselterngeld zwischen 300 und 1.800 Euro monatlich und ElterngeldPlus zwischen 150 und 900 Euro monatlich.

## WAHLPROGRAMME



Das Elterngeld soll verbessert und der Partnerschaftsbonus bei gleichzeitiger vollzeitnaher Teilzeit beider Eltern weiterentwickelt werden.\*



Der Mindest- und Höchstbetrag des Elterngeldes soll auf 400 bzw. 2.400 Euro erhöht werden.\*



keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Plant, den Mindestbetrag des Elterngeldes auf 420 Euro anzuheben und das Elterngeld automatisch an die Inflation anzupassen.



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**DIE FINANZIERUNG DER FAMILIENSTARTZEIT FÜR DEN ZWEITEN ELTERNTEIL SOLLTE VON DEN KRANKENKASSEN UND ARBEITGEBENDEN GEMEINSAM GETRAGEN WERDEN.**

## STATUS QUO

Die Finanzierung des Familienstartzeitgesetzes ist noch offen. Im Ampel-Gesetzentwurf wurde das U2-Umlageverfahren vorgeschlagen, das auch beim Mutterschutz gilt. Das Familienstartzeitgesetz, das auf der EU-Richtlinie 2019/1158 basiert, wurde in Deutschland bisher nicht umgesetzt. Die Frist für die Umsetzung bis 2022 wurde nicht eingehalten, was zu einem Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland führte.

## WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Plant. die Familienstartzeit einzuführen.\*



Plant. die Familienstartzeit einzuführen.



Keine Aussage



Keine Aussage



Wollen die Familienstartzeit einführen und auf 28 Tage erhöhen.



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm



# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**FÜRSORGEARBEIT (Z. B. PFLEGE, KINDERERZIEHUNG) SOLLTE ALS EIGENSTÄNDIGES DISKRIMINIERUNGSMERKMAL IM ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZ (AGG) AUFGENOMMEN WERDEN.**

## STATUS QUO

Eltern und pflegende Angehörige können durch das Diskriminierungsverbot des AGG geschützt sein, wenn sie aufgrund ihrer Fürsorgepflicht benachteiligt werden. Zwar sind Elternschaft und Pflege nicht explizit im AGG genannt, doch eine Benachteiligung kann indirekt eine Diskriminierung aufgrund eines im AGG genannten Merkmals, wie etwa Geschlecht, darstellen – z. B. wenn Frauen wegen Fürsorgepflichten in Teilzeit arbeiten.

## WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Keine Aussage\*



keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

## ALLEINERZIEHENDE SOLLTEN EINE HÖHERE STEUERLICHE ENTLASTUNG ERHALTEN.

### STATUS QUO

Alleinerziehende profitieren steuerlich vom Entlastungsbetrag (4.260 Euro jährlich plus 240 Euro pro weiteres Kind) und der Steuerklasse II, die geringere Steuerabzüge als Steuerklasse I bietet. Allerdings sind die Steuervorteile für verheiratete Paare durch das Ehegattensplitting oft höher, besonders bei großen Einkommensunterschieden. Insgesamt sind die steuerlichen Vorteile für Alleinerziehende im Vergleich zu verheirateten Paaren moderat.

### WAHLPROGRAMME



Plant, den Entlastungsbetrag für Alleinerziehende zu erhöhen.\*



Plant, Alleinerziehende durch eine Steuergutschrift zu entlasten und den Grundfreibetrag zu erhöhen.\*



keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Fordert eine Steuergutschrift für Alleinerziehende, die mindestens 2.028 Euro jährlich entspricht und regelmäßig angepasst wird.



Möchte, dass Alleinerziehende durch bessere steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten und Unterhaltsleistungen stärker entlastet werden.

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**DIE ANZAHL DER KITAPLÄTZE SOLLTE DEUTSCHLANDWEIT ERHÖHT WERDEN.**

## STATUS QUO

In den westdeutschen Bundesländern fehlen rund 385.900 Kita-Plätze, um den Betreuungsbedarf der Eltern zu erfüllen. In Ostdeutschland gibt es rund 44.700 Plätze zu wenig. (Stand Nov. 2023)

## WAHLPROGRAMME



Will mehr Kinderbetreuungsplätze schaffen.\*



Fordert, in die Gewinnung von Erzieher:innen und unterstützende Arbeitskräfte zu investieren.\*



keine Aussage



Planen die Einführung des "Betreuungsgeldes" für die Betreuung zuhause, um so die Nachfrage nach Kitaplätzen zu senken.



Fordert, dass Unternehmen Kitaplätze bereitstellen. Diese sollen im Gegenzug steuerliche Vorteile erhalten.



Keine Aussage



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**DIE QUALITÄT DER KINDERBETREUUNG IN KITAS SOLLTE VERBESSERT WERDEN.**

## STATUS QUO

In Deutschland wird die Qualität in Kitas durch rechtliche Vorgaben, Bildungsprogramme und Qualitätsmanagementsysteme sichergestellt. Der Betreuungsschlüssel liegt für unter 3-Jährige bei 1:3 bis 1:6 und für 3- bis 6-Jährige bei 1:7 bis 1:12. Das KiTa-Qualitätsgesetz, das das Gute-KiTa-Gesetz ablöste, setzt verstärkt auf verbindliche Qualitätsmaßnahmen und Teilhabe.

## WAHLPROGRAMME



Die Kinderbetreuung soll qualitativ verbessert werden, indem die Kitas als Bildungseinrichtung gestärkt werden.\*



Wollen bundesweite Qualitätsstandards für Kitas, sowie höhere Investitionen in frühkindliche Bildung.\*



Wollen die Qualität der Kitas verbessern.



Fordert, dass Kitas und Schulen frei von ideologischen Einflüssen wie Gender-Mainstreaming und Sexualpädagogik gestaltet werden.



Fordert eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Die Integration und Sprachförderung soll durch die Einführung eines verpflichtenden Deutstests und dem beitragsfreien Kita-Besuch bei Sprachdefiziten gefördert werden.



Fordert ein neues Kitaqualitätsgesetz.



Möchte, dass die Zuständigkeit für Kitas vom Familien- ins Bundesbildungsministerium wechseln. Fordert bundeseinheitliche Qualitätsstandards. Außerdem sollen multiprofessionelle Teams zur Sicherstellung hoher Betreuungsqualität eingesetzt und verpflichtende Sprachtests sowie bei Bedarf eine Förderung für mindestens zwei Jahre vor Schulpflicht eingeführt werden.



\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**ES SOLLTE EIN KÜNDIGUNGSSCHUTZ NACH DER ELTERNZEIT EINGEFÜHRT WERDEN.**

## STATUS QUO

Während der Elternzeit besteht ein Kündigungsschutz, dieser beginnt mit der Anmeldung der Elternzeit und endet mit dem Ende der Elternzeit. Der besondere Kündigungsschutz gilt nach der Elternzeit also nicht mehr. Falls die Elternzeit in mehrere Abschnitte aufgeteilt wird, gilt er während dieser Abschnitte, aber nicht dazwischen.

## WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Keine Aussage\*



keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Will den Kündigungsschutz für Eltern bis zum vollendeten 6. Lebensjahr ausweiten.



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

## AUCH SELBSTSTÄNDIGE SOLLTEN EIN RECHT AUF MUTTERSCHUTZ HABEN.

### STATUS QUO

Selbstständige Frauen können Mutterschaftsgeld nur dann beantragen, wenn sie freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert sind und einen Krankengeldanspruch haben. Privat versicherte Selbstständige erhalten keine Mutterschaftsleistungen.

### WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Setzen sich dafür ein, dass auch Selbstständige die Wochen rund um die Geburt durch Mutterschaftsgeld finanziell abgesichert werden, mit einer Beteiligung an der Umlagefinanzierung.\*



Hält es für richtig, dass die nächste Bundesregierung ein Konzept für einen Mutterschutz für Selbstständige entwickelt.



Keine Aussage



Keine Aussage



Pfädiert dafür, dass die GKV und PKV stärker in die Pflicht genommen werden.



Setzt sich für einen flexiblen und freiwilligen Mutterschutz für selbstständige Frauen ein.

\*vorläufiges Wahlprogramm



# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**AUCH MITGLIEDER DES VORSTANDES UND AUFSICHTSRATS SOLLTEN EIN RECHT AUF MUTTERSCHUTZ UND ELTERNZEIT HABEN.**

## STATUS QUO

Vorständinnen haben kein Anrecht auf Mutterschutz oder Elternzeit, weil sie rechtlich nicht als Arbeitnehmende gelten.

## WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Keine Aussage\*



keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**BETREUUNGSKOSTEN SOLLTEN ZU 100 % STEUERLICH ABSETZBAR SEIN.**

## STATUS QUO

Kinderbetreuungskosten bis zu 6.000 Euro kannst Du als Sonderausgaben geltend machen – allerdings bis 2024 nur zu zwei Dritteln, also bis zu 4.000 Euro im Jahr je Kind. Ab 2025 darfst Du 80 Prozent und maximal 4.800 Euro absetzen.

## WAHLPROGRAMME



Plädieren für Betreuungskosten, die besser steuerlich absetzbar sind.\*



Meinen, die Betreuungskosten sollen besser steuerlich absetzbar sein.\*



keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Finden, dass Betreuungskosten besser steuerlich absetzbar sein sollen.

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**FÜRSORGEARBEIT SOLL IN DER RENTENVERSICHERUNG STÄRKER BERÜCKSICHTIGT UND FINANZIELL HONORIERT WERDEN.**

## STATUS QUO

Kindererziehungszeiten werden mit 3 Jahren (36 Monate) angerechnet, für Kinder vor 1992 mit 2,5 Jahren (30 Monate). Pflege von Angehörigen wird berücksichtigt, wenn mindestens 10 Stunden pro Woche gepflegt wird. Rentenpunkte werden je nach Pflegeaufwand und -grad gutgeschrieben. Erwerbstätige, die Fürsorgearbeit leisten, können Rentenansprüche durch Teilzeit erwerben. Minijobber können Beiträge aufstocken. Wer 33 Jahre Grundrentenzeiten hat, kann von der Grundrente profitieren. Zeiten ohne Erwerbstätigkeit werden in die Erwerbsminderungsrente eingerechnet. Ein Rentenpunkt entspricht 40,90 Euro im Westen und 39,50 Euro im Osten (2024).

## WAHLPROGRAMME



Fordert, dass Menschen, die 45 Jahre Vollzeit gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben eine gesetzliche Rente erhalten, die deutlich oberhalb der Grundsicherung im Alter liegt.\*



Keine Aussage\*



Wollen, dass Erziehungs- und Pflegezeiten besser anerkannt werden. Kostengünstige Altersvorsorgemodelle sollen für eine gute Versorgung im Alter sorgen.



Keine Aussage



Fordert, dass die Frist zur Erfüllung der Versicherungszeiten verlängert und Erziehungs- und Pflegezeiten anerkannt werden.



Wollen, dass alle pflegenden Angehörigen Rentenpunkte erhalten.



Fordert, dass Paare bei Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Carearbeit standardisiert die Möglichkeit des Rentenpunkte-Splittings wahrnehmen können.

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**DER PERSONALSCHLÜSSEL IN KINDERBETREUUNGSEINRICHTUNGEN SOLLTE AUF EIN PÄDAGOGISCH SINNVOLLES MASS ANGEHOHEN WERDEN.**

## STATUS QUO

Der Betreuungsschlüssel für Kinder unter 3 Jahren liegt zwischen 1:3 und 1:6, für Kinder von 3 bis 6 Jahren zwischen 1:7 und 1:12. Experten empfehlen einen idealen Schlüssel von 1:3 für unter Dreijährige und 1:7,5 für ältere Kinder. Diese Zielgrößen werden jedoch in vielen deutschen Kitas aktuell nicht erreicht, obwohl sie als entscheidend für die Qualität der frühkindlichen Bildung gelten.

## WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Fordern, in die Gewinnung von Erzieher:innen und unterstützenden Arbeitskräften zu investieren. Planen schulgeldfreie Ausbildungen, berufsbegleitende Anerkennungsverfahren und die schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein.\*



Wollen sich für eine ausreichende Zahl an Fachkräften in Kitas einsetzen.



Wollen, dass Krippen und Kitas personell ausreichend und qualifiziert besetzt sein. Fordern das Betreuungsgeld für die Betreuung zuhause, um den Personalmangel zu reduzieren.



Keine Aussage



Fordern einen Betreuungsschlüssel von mindestens einer Betreuungsperson für drei Kinder unter drei Jahren und acht Kinder ab drei Jahren, wobei Ausfallzeiten, Vorbereitungszeiten und Elternarbeit berücksichtigt werden sollen.



Wollen einen bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel, der pädagogische Arbeit, administrative Aufgaben und Ausfallzeiten berücksichtigt. Der Abbau unnötiger Bürokratie soll zur Entlastung des Erziehungspersonals führen.

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**GANZTAGSSCHULEN SOLLTEN FÜR ALLE KLASSENSTUFEN VERPFLICHTEND EINGEFÜHRT WERDEN.**

## STATUS QUO

Ab dem 1. August 2026 haben Grundschul Kinder einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, zunächst für die erste Klassenstufe. Der Anspruch wird bis 2029 auf die Klassenstufen 1 bis 4 ausgeweitet. Kinder haben dann einen bedarfsunabhängigen Anspruch auf Ganztagsbetreuung von acht Stunden an fünf Tagen pro Woche, ohne dass eine Pflicht zur Inanspruchnahme besteht.

## WAHLPROGRAMME



Forcieren den Ausbau ganztägiger Bildungsangebote für Grundschul Kinder.\*



Fordern den Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote an Schulen.\*



Fordern, den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ab 2026 zuverlässig einzulösen.



Keine Aussage



Befürwortet ausreichende Ganztagsschulplätze.



Fordern, dass jede:r Schüler:in Zugang zu einer Ganztagsbetreuung erhält.



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**DAS KINDERKRANKENGELD SOLLTE AUF 100 % DES NETTOGEHALTS ANGEHOHEN WERDEN.**

## STATUS QUO

Aktuell erstattet die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) 90% des Nettos als Kinderkrankengeld. Wenn in den letzten 12 Monaten einmalige Zahlungen wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld geleistet wurden, beträgt das Kinderkrankengeld 100% des entgangenen Nettoentgelts. Es ist jedoch auf maximal 120,75 Euro pro Tag (2024) gedeckelt.

## WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Keine Aussage\*



keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm



# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**UNTERNEHMEN SOLLTEN DAZU VERPFLICHTET WERDEN, IHRE GEHALTSSTRUKTUREN ZU VERÖFFENTLICHEN.**

## STATUS QUO

Seit dem Inkrafttreten des EntgTranspG am 6. Juli 2017 müssen Arbeitgeber mit mehr als 200 Beschäftigten auf Anfrage offenlegen, nach welchen Kriterien die Bezahlung erfolgt, sofern mindestens 6 Mitarbeitende in vergleichbaren Positionen beschäftigt sind.

## WAHLPROGRAMME



Keine Aussage\*



Wollen sich dafür einsetzen, dass die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und vollständig umgesetzt wird. Die Regeln sollen verbindlicher und besser einklagbar gemacht werden.\*



Fordern, die EU-Entgelttransparenzrichtlinie bis 2026 in nationales Recht umzusetzen. Das deutsche Entgelttransparenzgesetz soll zu einem wirksamen Lohngerechtigkeitsgesetz weiterentwickelt werden.



Keine Aussage



Keine Aussage



Wollen sich dafür stark machen, dass das Entgelttransparenzgesetz zu einem Entgeltgleichheitsgesetz wird, um gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen."



Keine Aussage

\*vorläufiges Wahlprogramm

# WAHLKOMPASS "VEREINBARKEIT"

**IN DAS BILDUNGSSYSTEM MUSS MEHR INVESTIERT WERDEN.**

## STATUS QUO

Moderne, funktionstüchtige Schulgebäude sind eine wesentliche Voraussetzung für ein leistungsfähiges Bildungssystem. Der Ausbau der Digitalisierung ist relevant. Der bundesweite Investitionsrückstand für Schulen liegt bei 45,6 Mrd. EUR.

## WAHLPROGRAMME



Wollen "Jugend forscht" und die Digitalisierung in den Schulen ausbauen.\*



Fordern, dass die Finanzierung der Bildung an den tatsächlichen Bedürfnissen ausgerichtet werden. Bund und Länder sollen enger zusammenarbeiten und verfassungsrechtliche Hürden überwunden werden. Wollen in Schulgebäude, Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion sowie Digitalisierung investieren.\*



Planen eine gute Infrastruktur für die soziale Teilhabe mit armutsfesten, unbürokratischen Geldleistungen und kostenlose Verpflegung in Schulen.



Keine Aussage



Keine Aussage



Wollen umfassend in eine familienfreundliche Infrastruktur des Bildungssystems investieren. Schulbücher, Lernmittel, Verpflegung und Schülerbeförderung sollen kostenlos gestellt werden. Es soll außerdem sichergestellt werden, dass digitale Geräte sowie eine gute Netzwerkinfrastruktur in den Schulen vorhanden sind.



Der Bildungsföderalismus soll reformiert, indem er einheitliche Standards und mehr Bundesbeteiligung an der Finanzierung ermöglicht. Fordern, dass der Bund Schulgebäude saniert und mit einem Digitalpakt 2.0 die technische Modernisierung sowie digitale Lehrmethoden fördert. Schulen sollen mehr Autonomie durch ein frei einsetzbares Chancenbudget erhalten.

\*vorläufiges Wahlprogramm